Solche Aspekte der Alltagsgeschichte hätten hier mit Gewinn stärker einbezogen werden können.

Andererseits scheint die Zäsur von 1918 eher von der Politik vorgegeben; in bezug auf das Verhältnis der jüdischen Minderheit zur polnischen Sprache und Kultur setzten sich längerfristige Trends fort, die weit in die Zeit der habsburgischen Herrschaft über Galizien zurückreichen. Damit war eine Kontinuität gegeben, die in der Interpretation des Vf.s etwas verlorengeht.

Was der Autor genauer unter dem „stets gegenwärtigen Antisemitismus“ (*ever present anti-Semitism*) (S. 9) versteht, dessen Einfluß auf Kultur- und Bildungsinitiativen der jüdischen Minderheit ungezählte Male hervorgehoben wird, bleibt seltsam nebulös. Extreme, gewalttätige Ausprägungsformen wie der Pogrom vom Frühjahr 1918 und eine Serie von Bombenanschlägen 1923 werden zwar genannt, aber im Kontext des polnisch-jüdischen Verhältnisses nicht eingehender analysiert und reflektiert.

Insgesamt gesehen aber hat M. gezeigt, daß es lohnt, das heute in großen Teilen weithin vergessene, vielgestaltige kulturelle Engagement jenes polnisch-jüdischen Intellektuellenmilieus – und nicht nur in Krakau – mit neuen Fragestellungen sachkundig zu erforschen.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Irena Mamczak-Gadkowska: Archiwa państwowe w II Rzeczypospolitej. [Die Staatsarchive in der Zweiten Polnischen Republik.] (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria Historia, Bd. 205.) Wydawnictwo Naukowe UAM. Poznań 2006. 432 S., engl. Zufass.

Die vorliegende Arbeit hat die für die Entwicklung der Archive und der Archivwissenschaft in Polen besonders wichtige Zeit der Zweiten Republik zum Gegenstand, die aufgrund des Verlustes wertvoller Quellen im Zweiten Weltkrieg bisher nur ungenügend erforscht worden ist.

Im ersten von insgesamt acht Kapiteln behandelt Irena Mamczak-Gadkowska die zur Zeit der Teilungen und während des Ersten Weltkrieges entstandenen polnischen historischen Archive, von denen das im September 1808 errichtete Allgemeine Landesarchiv (*Archiwum Ogólne Krajowe*) das älteste war. Seine Grundlage bildete das 1800 in Warschau gegründete Königlich Südpreußische Haupt-Landesarchiv – gehörte doch in den Jahren 1795-1806 die polnische Hauptstadt zum Königreich Preußen –, und die ihm für das Herzogtum Warschau übertragenen Funktionen sollten für die zentralistische Ausprägung des polnischen Archivwesens bis in die Gegenwart bestimmend sein. Wie die Vf.in ausführt, wurden wesentliche Grundlagen für das polnische Archivwesen der Zwischenkriegszeit zudem im Ersten Weltkrieg durch die Archivverwaltung beim Deutschen Generalgouvernement Warschau gelegt, dessen Leiter der bedeutende Posener Archivar Adolf Warschauer gewesen ist.

Dem in unmittelbarer Beziehung zu einem unter Warschauers Mitwirkung entstandenen Statut stehenden ersten Archivdekret des neuen polnischen Staates vom 7. Februar 1919 ist das zweite Kapitel gewidmet. Es organisierte das staatliche Archivwesen in zentralistischer Form und schuf die Voraussetzungen für die Integration der Staatsarchive aller drei Teilungsgebiete in die junge Republik, angesichts der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen keine leichte Aufgabe.

Im folgenden Abschnitt steht die Organisation des Archivnetzes der Zwischenkriegszeit im Mittelpunkt. Im April 1924 gab es in Polen 20 Staatsarchive, davon allein fünf in Warschau. Das Staatsarchiv Pomorze mit seiner Abteilung Danzig, das am 1. Oktober 1930 ein mit einer Person besetztes Referat im Polnischen Generalkommissariat der Freien Stadt unterhielt, hatte nur symbolische Bedeutung. Ein Nachteil war, daß 16 Wojewodschaften, vor allem im Osten und Südosten des Landes, über keine Staatsarchive verfügten. Das damalige wissenschaftliche Archivpersonal bestand zumeist aus Historikern und Juristen, die Kenntnisse mehrerer europäischer Sprachen erworben hatten. Viele Archivare kamen aus

Galizien, wo die Bedingungen für ihre Ausbildung an den dortigen Universitäten Krakau und Lemberg besonders günstig waren.

Den zentralen Problemen Lagerung, Sicherung, Bearbeitung und Zugänglichmachung staatlicher Archivbestände wendet sich die Vf.in im vierten Kapitel zu. Hier finden sich zudem wichtige Informationen über die Übernahme von Akten der Behörden der Teilmächte und des im Ersten Weltkrieg entstandenen Archivguts durch die polnischen Staatsarchive. In diesem Aufgabenkomplex hatte die Revindikation von Archivalien aus der Zeit vor 1795 und der sich daran anschließenden Epoche der Teilungen, auf die der wiedererstandene polnische Staat Anspruch erhob, große Bedeutung. Anders als in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern, wo das Provenienzprinzip für die Bestandsbildung maßgebend ist (d.h. alle von einem Bestandsbildner produzierten Akten bleiben in dessen Bestand), besteht in Polen das Pertinenzprinzip, d.h. die untrennbare Zugehörigkeit der Archivalien zu dem Territorium, auf dem sie entstanden sind. Die Vf.in erläutert, daß letzteres gerade für die Archivpolitik solcher Staaten, die sich in der Vergangenheit teilweise oder gänzlich unter der Herrschaft fremder Staaten befunden hatten, geeignet erschien, um Archivgut zu erhalten, das sowohl von historischer Bedeutung als auch für die laufenden Verwaltungsgeschäfte erforderlich war. Während der polnische Archivdienst in Anbetracht der Grenzregelung des Versailler Vertrages nach außen mit dem Grundsatz der territorialen Pertinenz argumentierte, ging er bei der Abgrenzung und Zuordnung von Beständen in Polen selbst elastischer vor und erhob die „Nützlichkeit des archivalischen Fonds für die Wissenschaft“ zum obersten Kriterium.

Im fünften Kapitel stehen die Schwierigkeiten bei der Sicherung und Lagerung von Archivbeständen zur Zeit der Zweiten Republik im Mittelpunkt. Damals besaßen nur zwei der fünf Zentralarchive in Warschau eigene Gebäude. Noch schlechter sah es in der Provinz aus, wo nur die Archive in Grodno, Lemberg, Posen und Wilna über geeignete Domizile verfügten. Auf den in der Zwischenkriegszeit vorgesehenen Bau eines Zentralen Staatsarchivs in Warschau mußte aus Kostengründen verzichtet werden.

Kapitel 6 und 7 hängen insofern enger zusammen, als hier Fragen der Bearbeitung und Zugänglichmachung von Archivbeständen behandelt werden. Im abschließenden Kapitel 8 stellt die Vf.in die wissenschaftliche und redaktionelle Arbeit der Staatsarchive zwischen 1919 und 1939 dar, die ihren Schwerpunkt neben den Warschauer Zentralarchiven in den Staatsarchiven der Universitätsstädte wie Lemberg, Posen, Wilna, Lublin und Krakau hatte. Neben Monographien zur polnischen Landes- und Regionalgeschichte stellte die Edition von Quellen die wichtigste wissenschaftliche Aufgabe der polnischen Archivare jener Zeit dar. Ein detailliertes Quellen- und Literaturverzeichnis schließt den durch zahlreiche Tabellen ergänzten und durch ein Personenregister erschlossenen Band ab, der über viele Fakten und Zusammenhänge Aufschluß gibt, die dem deutschen Archivar und Historiker bisher unbekannt gewesen sind.

Berlin

Stefan Hartmann

Krzysztof Strykowski: Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950. [Die Lage der Personen, die in Großpolen in den Jahren 1945-1950 in die Deutsche Volksliste eingetragen worden sind.] (Publikacje Instytutu Historii UAM, Bd. 62.) Instytut Historii UAM. Poznań 2004. 687 S., dt. Zusfass.

Gegenstand dieser klar gegliederten, materialreichen Habilitationsschrift ist das Schicksal der in der Region Wielkopolska in die Deutsche Volksliste eingetragenen Personen während der Jahre 1945-1950. Dabei vergleicht Krzysztof Strykowski die in Großpolen ergriffenen Maßnahmen mit denen in anderen Regionen Polens. Zugleich beleuchtet er die Einstellung der polnischen Bevölkerung, der Parteien und Organisationen zu den Volksdeutschen, die keine einheitliche Gruppe bildeten, sondern sowohl polnische Bürger deutscher Abstammung, die sich offen zu ihrer Nationalität bekannten, als auch Personen polnischer Nationalität umfaßten. Der größte Teil der herangezogenen Quellen stammt aus